

## K-1 Flächendeckende Gesundheitsversorgung sichern – die Zukunft braucht neue Ideen!

Antragsteller\*in: Landesfachgruppe Soziales

Tagesordnungspunkt: 4. Schwerpunkt: Flächendeckende Gesundheitsversorgung sichern

### Antragstext

1 Das Versprechen gleichwertiger Lebensverhältnisse in unserem Land ist im Bereich  
2 der Versorgung mit Gesundheitsdienstleistungen eine große Aufgabe.

3 Wir erleben im Moment in Sachsen-Anhalt große Sorge um die Hausarztichte,  
4 regional unterschiedlich einen Mangel an verfügbaren Pflegeplätzen und  
5 ambulanten Pflegedienstleistern und eine ausgewachsene Klinikkrise. Für BÜNDNIS  
6 90/DIE GRÜNEN ist klar – wenn wir die Versorgung der Menschen im Land auch unter  
7 den Bedingungen des demografischen Wandels dauerhaft sichern wollen, brauchen  
8 wir neue Ideen und kluge Antworten auf diese Herausforderung.

9 Für folgende Vorhaben setzen wir uns deshalb ein:

10 1. Als Reaktion auf die im Moment krisenhaft erscheinende Situation der  
11 Krankenhäuser im Land soll die Landesregierung unverzüglich einen  
12 Klinikgipfel einberufen. Hier sollen alle Akteure – Träger, Kostenträger,  
13 Patient\*innenvertreter\*innen, Pflegevertreter\*innen, Landkreise, politisch  
14 Verantwortliche – die aktuelle Situation der Kliniken in Sachsen-Anhalt  
15 evaluieren, Sofortmaßnahmen vorschlagen und strategische Vorschläge  
16 entwickeln.

17 2. Die 47 heutigen Krankenhausstandorte in Sachsen-Anhalt sollen als  
18 Standorte für die Gesundheitsversorgung grundsätzlich erhalten bleiben.  
19 Sie sichern Erreichbarkeit im ganzen Land.

20  
21 Bereiche wie allgemeine internistische Behandlung, allgemeine Pädiatrie,  
22 einfache Notfallversorgung und Geburtshilfe sind für uns als  
23 Basisversorgung für Alle schnell erreichbar notwendig. Dabei wird nicht  
24 mehr jedes Klinikum als Vollversorger fungieren können. Gerade der Abbau  
25 lukrativer Spezialabteilungen wird jedoch den Betrieb von Krankenhäusern  
26 unrentabel machen. Es ist Aufgabe von Politik dort trotzdem die Versorgung  
27 zu sichern. Wir schlagen vor, dafür neue Wege zu gehen und in Verhandlung  
28 mit den Kostenträgern und wo nötig als Modellprojekte neue  
29 Versorgungsformen zu erproben und zu installieren.

30 ◦ Sektorübergreifende Kooperation (ambulant/stationär) kann einerseits  
31 in kleinen Abteilungen ärztliches Fachpersonal sichern, andererseits  
32 dem ambulanten Facharztmangel sinnvoll etwas entgegen setzen.

33 ◦ Kooperation mit Pflegeeinrichtungen kann in Verbindung mit  
34 angestellten Ärzten gerade in der Basisversorgung sinnvoll sein.  
35 Dieser Gedanke ist vor allem vor dem Hintergrund des neuen  
36 Berufsbildes in der Pflege (generalistische Ausbildung)  
37 zukunftsweisend.

38 ◦ Portalkliniken können die Erst- und Notversorgung in der Fläche  
39 sichern. In Kooperation z.B. mit Pflegeeinrichtungen  
40 (Kurzzeitliegeplätze) wären in einfachen Fällen Verlegungen in

41 größere Häuser sogar unnötig. Portalkliniken können ihr Potential  
42 nur ausspielen, wenn die Kooperation zwischen den Krankenhäusern  
43 ausgebaut und die Digitalisierung vorangetrieben wird.

44 ◦ Die Digitalisierung im Gesundheitsbereich bietet viele Chancen für  
45 eine bessere Verzahnung der Leistungen, für kollegialen Austausch  
46 und bessere Erreichbarkeit für die Patient\*innen. Daher braucht es  
47 im Land eine zentrale Schnittstelle für die Weiterentwicklung der  
48 Digitalisierung im Gesundheitsbereich. Wir wollen die Einrichtung  
49 einer landesweite Stelle, die Aktivitäten bündelt, Modellprojekte  
50 anstößt und begleitet und entsprechende technische Kompetenzen  
51 aufbaut, um Akteure im Feld zu beraten.

52 ◦ Der „Hebammengeleitete Kreissaal“ ist ein Modell um Geburtshilfe  
53 einerseits durch höhere Attraktivität des Hebammenberufes und  
54 andererseits durch anderen Personaleinsatz zu sichern. Dieses Modell  
55 soll ausgeweitet werden und flächendeckend zum Einsatz kommen.

56 ◦ Beim Wegfall von Spezialbehandlungsplätzen und notwendigen längeren  
57 Rettungs- und Transportwege ist regelmäßig eine Anpassung und  
58 Fortschreibung der Bedarfsplanung im Bereich des luftgebundenen  
59 Rettungsdienstes notwendig.

60 3. Das Land Sachsen-Anhalt muss zukünftig seiner Verpflichtung zur  
61 Investitionsfinanzierung in den Kliniken nachkommen. Auch die jahrelange  
62 Unterfinanzierung hat zur strukturellen Destabilisierung der Kliniken im  
63 Land beigetragen. Die Kompensierung aus der Krankenhausfinanzierung der  
64 Träger wird zukünftig schwerer, da seit Beginn des Jahres die  
65 Personalmittel, jahrelang geplanter Puffer, nicht mehr pauschal in den  
66 Abrechnungspauschalen (DRGs) sondern konkret gezahlt werden. Zudem fällt  
67 es Kliniken zunehmend schwer, Investitionen kreditfinanziert zu  
68 realisieren.

69  
70 Zudem fordern wir die Bundesregierung zu einer Reform des Systems der  
71 Krankenhausfinanzierung auf. Das DRG-System schwächt kleine Standorte mit  
72 Grundversorgung vor allem im ländlichen Raum und im Zwei-Säulen-Modell  
73 sind gerade für strukturschwächere Länder notwendige Investitionen schwer  
74 zu finanzieren.

75 4. Wir wollen, dass ältere Menschen möglichst lange in ihrem Zuhause wohnen  
76 und leben können. Dafür wollen wir die Pflege im Quartier weiter stärken.  
77 Das neu geschaffene Beratungsangebot für die Kommunen zur  
78 Quartiersentwicklung begrüßen wir. Wohnortnahe dezentrale Pflegesettings  
79 sind mit einem Landesaktionsplan zu untersetzen und zu befördern. Damit  
80 beugen wir Pflegebedürftigkeit, unnötigen Krankenhausaufenthalten und  
81 erzwungenen Heimaufenthalten vor. Um Heimeinweisungen nach  
82 Krankenhausaufenthalten zu reduzieren wollen wir die Tagespflege für  
83 Kliniken öffnen. So kann der Übergang vom Krankenhaus in ein Pflegesetting  
84 mit mehr Ruhe und Selbstbestimmung geplant werden.

85 5. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Sachsen-Anhalt stehen solidarisch an der Seite der  
86 streikenden Beschäftigten bei AMEOS. Wir fordern die Landesregierung auf,

87 in jeder geeigneten Form darauf hinzuwirken, dass der Klinikkonzern  
88 soziale und arbeitsrechtliche Standards einhält.

89 6. Wir erwarten vom Land Sachsen-Anhalt, dass es alles unternimmt, die  
90 Landkreise in Wahrnehmung ihrer Aufgabe in der Sicherstellung der  
91 Gesundheitsversorgung bei Seite zu stehen. Dazu gehört auch, gemeinsam  
92 Wege zu finden, kommunale Kliniken zu sichern, wo sie in Schieflage  
93 geraten. Das bedeutet auch, Landkreise bei Überlegungen zur  
94 Rekommunalisierung von Kliniken zu unterstützen.

95  
96 Wir stehen zur Trägervielfalt in der Gesundheitsversorgung – Grundprinzip  
97 muss aber sein, dass kein Geld aus den Kliniken zu anderen Zwecken  
98 abgeführt wird. Jeder Euro, der aus Land, Bund und den Krankenkassen für  
99 die Gesundheitsversorgung fließt, muss auch für Gesundheitsversorgung  
100 ausgegeben werden.

101  
102 Wir unterstützen Kooperation und Trägerverbände.

103 Für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Sachsen-Anhalt ist die Sicherung der medizinischen  
104 Versorgung im gesamten Land eine der zentralen gesundheitspolitischen Aufgaben  
105 unserer Zeit. Nur mit einer funktionierenden Gesundheitsversorgung bleibt  
106 Sachsen-Anhalt auch im ländlichen Raum lebenswert.